

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite
Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik	793
Kongresse. Neunter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands — Außerordentlicher Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes	799

	Seite
Mitteilungen. Geschäftsführerin für den Centralverband der Hausangestellten gesucht. — Unterstützungsbereitigung. — An die Leser des „Correspondenzblattes“. — Für die Verbandsexpeditionen	830
Hierzu: Inhaltsverzeichnis für „Correspondenzblatt“ und Anhang 1913.	

Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Der § 152 der Reichsgewerbeordnung gewährleistet den deutschen Arbeitern das Recht, sich behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen und die Arbeit gemeinsam einzustellen. Trotzdem besondere Bestimmungen wie Stachelbrüche das freie Ausüben dieses Rechts erheblich einschränken, so liegt doch in dem prinzipiellen Einräumen desselben das Zugeständnis: daß die Arbeiterchaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsform zur Wahrung ihrer Lebensinteressen einer solchen Freiheit ihres Handelns bedarf. In der Tat bilden denn auch die gewerkschaftlichen Organisationen den natürlichen Widerstand gegen die Ausbeutungsjucht des Unternehmertums, die sich sonst ungehindert und schrankenlos ausleben würde. Die Gewerkschaften erweisen sich damit nicht nur als das Bollwerk zum Schutze gegen den Raubbau an menschlicher Arbeitskraft, sondern sie wirken mit ihrer Tätigkeit auch den kulturfeindlichen Tendenzen der kapitalistischen Machtentfaltung entgegen. Daß die Arbeiterchaft beitrebt ist, die Wahrung ihrer Lebensinteressen in erster Linie auf dem Wege der friedlichen Verständigung mit dem Unternehmertum zu erreichen, wird alljährlich durch die Statistik der freien Gewerkschaften „über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“ erhärtet. Denn die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung überragen an Zahl und Umfang ständig die Streiks. Aber häufig genug sind die Arbeiter gezwungen, zu dem Mittel der Arbeitseinstellung zu greifen, wenn die Unternehmer sich ihren Forderungen gegenüber völlig ablehnend verhalten. Andererseits versucht auch das organisierte Unternehmertum immer mehr die Bestrebungen der Arbeiter durch umfangreiche Aussperrungen zu bekämpfen.

Der objektive Beurteiler wird in diesen Kämpfen nur den auf wirtschaftlichem Gebiete zum offenen Ausdruck kommenden Gegensatz bestimmter Interessengruppen erblicken und deshalb diese Kämpfe als eine ganz natürliche Begleiterscheinung unserer heutigen wirtschaftlichen Ordnung bewerten. Besonders aber sollte man erwarten, daß die Be-

hörden, als die Diener des Staates, der die Koalitionsfreiheit stipulierte, diesen wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber eine durchaus neutrale Haltung einnehmen. Leider herrscht jedoch die gegenteilige Auffassung vor. Zwischen der Anerkennung des Koalitionsrechtes durch den Staat in der Theorie, und der Stellung der Behörden zu demselben in der Praxis, besteht ein scharfer Widerspruch. Die Behörden erblicken in den Arbeitskämpfen nicht die Ausübung eines natürlichen, gesetzlich festgelegten Rechtes, sondern sie sehen darin einen polizeiwidrigen Verstoß gegen die heutige Ordnung. Diese Auffassung verleitet dann die Polizeiorgane zu ihrem so häufigen „Einschreiten“ bei Arbeitskämpfen, das sich stets nur gegen die im Kampfe befindlichen Arbeiter richtet, und zwar auch dann, wenn die Veranlassung zum Konflikt völlig von dem Unternehmer ausging.

Die gleiche polizeiliche Auffassung über das Wesen der wirtschaftlichen Kämpfe kommt auch zum Ausdruck in der alljährlichen vom Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten amtlichen Statistik „über die Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reiche“. Durch diese Erhebungen wird nicht allein der Zweck verfolgt, die Zahl und den Umfang der Kämpfe, ihre Ursachen und ihren Ausgang zu erforschen, sondern es wird durch sie auch „ermittelt“, inwieweit die Arbeitsniederlegung unter Innehaltung der Kündigungsfristen erfolgte, wieviel Personen unter 21 Jahren daran beteiligt waren und bei wie vielen Streiks es zum „Einschreiten“ der Polizei und Staatsanwaltschaft kam. Mit der Erforschung der Streiks und Aussperrungen als „eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen“, wie es im amtlichen Text so schön gesagt wird, haben diese privatrechtlichen und kriminalistischen Feststellungen nichts zu tun. Es fehlt ihnen auch jegliche Beweiskraft. Offensichtlich verfolgen sie nur den alleinigen Zweck, Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher zu treiben und bei ahnungslosen Gemütern den Eindruck zu erwecken, die Führung von Streiks sei mit Gesetzesverletzungen unlösbar verknüpft.

Die freien Gewerkschaften, die hauptsächlich bei den wirtschaftlichen Kämpfen in Frage kommen, haben es bisher abgelehnt, bei dem Zustandekommen einer solchen „Streikstatistik“ Helfersdienste zu

Tabelle 1.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1912, geordnet nach Staaten und Landesteilen.

Staaten und Landesteile	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks								Beendete Aussperrungen							
	Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerksch. Statistik	
	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtliche Statistik	+	-
Provinz Ostpreußen . . .	58	66	8	—	3967	4895	928	—	7	1	—	6	402	442	40	—
„ Westpreußen . . .	28	39	11	—	6195	4863	—	1332	2	3	1	—	208	582	374	—
Stadt Berlin	292	159	—	133	19054	16715	—	2339	5	3	—	2	1529	1453	—	76
Provinz Brandenburg . . .	183	162	—	21	6699	6293	—	406	14	12	—	2	5074	2973	—	2101
„ Pommern	69	47	—	22	2419	1791	—	628	7	4	—	3	312	329	17	—
„ Posen	21	84	13	—	966	3216	2250	—	2	2	—	—	71	158	87	—
„ Schlesien	108	101	—	7	7097	17794	10697	—	25	17	—	8	2041	2101	60	—
„ Sachsen	128	113	—	15	7884	8786	902	—	27	20	—	7	15727	15008	—	719
„ Schlesw.-Holst.	45	58	13	—	7220	8440	—	3780	11	10	—	1	1988	1644	—	339
„ Hannover	114	111	—	3	7579	10151	2572	—	10	16	6	—	6642	5705	—	937
„ Westfalen	88	233	145	—	187858	170789	—	17069	11	38	27	—	7632	8068	436	—
„ Hessen-Nassau	89	81	—	8	9779	10246	467	—	16	12	—	4	3459	3411	—	48
„ Rheinland	219	257	38	—	154024	54024	—	—	20	18	—	2	1648	2065	417	—
Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Preußen	1442	1461	19	—	320741	313008	—	7738	157	156	—	1	46728	43939	—	2789
Bayern	235	252	17	—	14871	19194	4323	—	45	39	—	6	9339	9917	578	—
Sachsen	236	259	23	—	22338	27064	4726	—	30	29	—	1	6288	5524	—	764
Württemberg	72	58	—	14	3487	3230	—	257	14	17	3	—	1950	1475	—	475
Baden	52	70	18	—	2185	3398	1213	—	13	11	—	2	826	828	2	—
Hessen	58	47	—	11	2190	7209	5019	—	9	7	—	2	2605	2805	200	—
Mecklenburg-Schwerin . . .	27	18	—	9	687	457	—	230	4	3	—	1	256	268	12	—
Großherzogtum Sachsen . .	18	13	—	5	551	429	—	122	8	6	—	2	1225	1373	148	—
Mecklenburg-Strelitz . . .	1	4	3	—	20	168	148	—	1	—	—	1	103	—	—	103
Oldenburg	14	11	—	3	329	332	3	—	3	5	2	—	331	419	88	—
Braunschweig	21	22	1	—	1340	1587	197	—	3	3	—	—	112	47	—	65
Sachsen-Meiningen	20	16	—	4	842	769	—	78	4	2	—	2	112	86	—	26
Sachsen-Altenburg	12	12	—	—	1821	1655	334	—	3	4	1	—	908	1226	318	—
Sachsen-Coburg-Gotha . . .	11	6	—	5	578	478	—	100	3	3	—	—	227	166	—	61
Anhalt	15	12	—	3	378	335	—	43	4	4	—	—	121	193	72	—
Schwarzb.-Sondershausen . .	3	6	3	—	32	110	78	—	2	2	—	—	28	32	4	—
Schwarzburg-Rudolstadt . .	3	3	—	—	75	104	29	—	5	3	—	2	396	276	—	120
Waldeck	1	1	—	—	10	5	—	5	1	1	—	—	336	309	—	27
Neuß ältere Linie	3	4	1	—	58	104	46	—	2	3	1	—	325	1621	1296	—
Neuß jüngere Linie	11	16	5	—	328	484	156	—	2	4	2	—	83	1795	1712	—
Schaumburg-Lippe	3	2	—	1	1793	1008	—	785	—	—	—	—	—	—	—	—
Lippe	7	13	6	—	223	619	396	—	2	10	8	—	613	337	—	276
Lübeck	11	6	—	5	618	479	—	139	1	1	—	—	29	46	17	—
Bremen	46	39	—	7	5410	3825	—	1585	6	5	—	1	1623	1724	101	—
Hamburg	65	90	25	—	8543	10538	1995	—	7	3	—	4	2269	288	—	1981
Elfaß-Lothringen	45	69	24	—	2937	9780	6843	—	4	3	—	1	684	86	—	598
Deutsches Reich	2432	2510	78	—	391885	406314	14429	—	333	324	—	9	977517	74780	—	2737

Anmerkungen zu den Tabellen 1 u. 2. Außer den am Jahreschluss nicht beendet gewesenen Streiks und Aussperrungen mit Beteiligten sind bei der gewerkschaftlichen Statistik 15 Meisterei-Aussperrungen mit 1719 Beteiligten ausgeschlossen worden, da die amtliche Statistik diese Aussperrungen in ihrem Tabellenwert ausschließt. Es mühten ferner bei dem Vergleich 2663 an Streiks und 1923 an Aussperrungen beteiligte Personen ausgeschlossen werden. Diese Personen sind von 2 Verbänden ohne Bezeichnung der Streikorte „als an den Kämpfen anderer Verbände beteiligt gewesen“ registriert worden.

¹ Der Bergarbeiterverband zählte für das Ruhrkohlengebiet nur einen Streik und gab deshalb die Zahl der daran beteiligt gewesenen Personen für die Provinzen Westfalen und Rheinland nicht getrennt an. Aus diesem Grunde ist bei der gewerkschaftlichen Statistik die Zahl der Beteiligten für die Provinz Rheinland der amtlichen Zahl gleich gestellt worden. Der Streikfall des Bergarbeiterverbandes ist bei Westfalen gezählt, da auf diese Provinz die weitaus größte Zahl der Beteiligten entfällt.

davon betroffenen Bezirken: Ruhrkohlenrevier, auf die oben erwähnten Gebiete allein 186, ferner Königreich Sachsen, Schaumburg-Lippe und Hannover, als 4 Streikfälle. Die amtliche Statistik gibt noch 11 weitere, die gleichfalls zu dem allgemeinen dagegen die Zahl der im Bergbau stattgefundenen Ausstand rechnen, auf die Provinzen Schlesien, Hessen-Nassau und auf Elfaß-Lothringen. Schon Streiks auf 232 an (siehe Tabelle 2). Davon kommen allein aus dieser Gegenüberstellung der für den

leihen. Solange die amtliche Statistik damit fortfährt, die berechtigten Interessen der Arbeiter zu verletzen, werden die Gewerkschaften auch ihre Mitwirkung bei den amtlichen Erhebungen verjagen. Ohne diese Mitwirkung ist es aber dem Reichsstatistischen Amt unmöglich, ein vollständiges und damit zugleich ein wissenschaftlich einwandfreies Bild der Arbeitskämpfe in Deutschland zu geben. Dies stets zu wiederholen, halten wir für unsere Schuldigkeit, um die Wissenschaft davor zu bewahren, aus der unvollständigen, amtlichen Streikstatistik Schlüsse zu ziehen, die nicht den wirklichen Tatsachen entsprechen.

Das amtliche Erhebungsmaterial zu der Streikstatistik besteht in Formularen, deren Fassung vom Bundesrate festgesetzt ist, und welche von den durch Arbeitseinstellung betroffenen Unternehmern unter freundlicher Mitwirkung der Polizeiorgane auszufertigt werden sollen. Da für die Unternehmer weder die Verpflichtung besteht, einen Streik bei der Polizeibehörde anzumelden, noch die streikstatistischen Fragebogen zu beantworten und einzureichen, so müssen alljährlich eine erhebliche Anzahl Kämpfe der amtlichen Feststellung entgehen. Das Reichsstatistische Amt versucht allerdings, durch eine eingehende Durchsicht der Arbeiterpresse nach Streikmitteilungen, die ihm nicht zur Nachweisung gekommenen Kämpfe festzustellen, um die zuständigen Polizeiorgane zu nachträglichen Erhebungen darüber zu veranlassen. Doch auch dieses Hilfsmittel verbürgt nicht die Erfassung aller in Deutschland stattgefundener Arbeitskämpfe, da selbst die Gewerkschaftspresse nicht alle Kämpfe rubriziert, was besonders bei denen geringeren Umfangs zutrifft, und bei solchen, die nur wenige Tage dauerten.

Die Unvollständigkeit der amtlichen Streikstatistik konnte auch bis zum Jahre 1905 genau nachgewiesen werden. Bis dahin brachte sie eine Einzelaufstellung der Streiks unter Angabe der Orte und Gewerbe, in welchen sie stattgefunden hatten, der Daten über Beginn und Beendigung derselben und den Zahlen der daran beteiligt gewesenen Personen. Diese speziellen Aufzeichnungen ermöglichten einen Vergleich mit den von den freien Gewerkschaften geführten Kämpfen. Durch diese Vergleiche konnte die Unvollständigkeit der amtlichen Statistik schlüssig nachgewiesen werden. Es fehlten in derselben von 1901 bis 1905 2085 Streiks und Aussperrungen, die von den freien Gewerkschaften geführt wurden, und an denen 42 776 Personen beteiligt waren. Nach diesen Feststellungen hätte man nun erwarten können, daß die maßgebenden Stellen sich bemühen würden, durch Erfüllung der berechtigten Interessen der Gewerkschaften diese zu veranlassen, bei den Erhebungen mitzuwirken, um damit zu einer vollständigen und einwandfreien Darstellung zu gelangen. Anstatt diesen einzig gangbaren Weg zu beschreiten, zog man es jedoch amtlicherseits vor, die Statistik so zu gestalten, daß zuverlässige Vergleiche unmöglich gemacht wurden. Unter dem Vorwand, eine „Vereinfachung“ der Statistik herbeizuführen, unterließ man zunächst für 1906 die Angaben über Beginn und Beendigung der Streiks und in dem darauf folgenden Jahre fiel die Einzelaufführung der Streiks in der amtlichen Statistik vollständig fort.

Der Zweck, den Vergleich der gewerkschaftlichen Statistik mit der amtlichen unmöglich zu machen, war durch diese Vereinfachung zwar erreicht, jedoch hatte die letztere dadurch, daß sie sich der Kontrolle entzog, nicht an Zuverlässigkeit gewonnen. Es kann im Gegenteil angenommen werden, daß die amtliche

Streikstatistik nach 1906 noch unzuverlässiger wurde. Diese Behauptung wird durch nachfolgende Zusammenstellung gestützt:

Jahr	Gewerksch. Statistik*)			Amtliche Statistik			Die amtliche Statistik weicht	
	Streiks	Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	Streiks	Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	mehr Fälle nach	weniger Fälle nach
1901	674	33	707	1056	35	1091	384	—
1902	789	44	833	1060	46	1106	273	—
1903	1183	74	1257	1374	70	1444	187	—
1904	1475	100	1575	1870	120	1990	415	—
1905	2030	237	2267	2403	254	2657	390	—
1906	3008	346	3354	3328	298	3626	272	—
1907	2351	265	2616	2266	246	2512	—	104
1908	1764	225	1989	1347	177	1524	—	465
1909	1795	174	1969	1537	115	1652	—	317
1910	2173	964	3137	2113	1115	3228	91	—
1911	2642	144	2786	2566	232	2798	12	—
1912	2432	333	2765	2510	324	2834	69	—

Gesamt: 22316 2939 25255 23430 3032 26462 2093 886

*) Die am Jahreschluß nicht beendet gewesenen Kämpfe und die AUSAUSPERRUNGEN sind ausgeschlossen worden.

Würden von der amtlichen Statistik alle Kämpfe erfasst, so müßte sie alljährlich mehr Streik- und Aussperrungsfälle nachweisen, als die freien Gewerkschaften zählen, da außer diesen auch noch andere Organisationen Kämpfe führen, außerdem aber auch bei der amtlichen Statistik mit Doppelzählungen von Kämpfen zu rechnen ist, während bei der gewerkschaftlichen Statistik alle doppelt gezählten Fälle ausgeschlossen werden. Bis 1906 zählte denn auch die amtliche Statistik mehr Fälle als die gewerkschaftliche. Von 1907 bis 1909 trat dann das Gegenteil ein. Es wies die gewerkschaftliche Statistik 1907: 104, 1908: 465 und 1909: 317 Kämpfe mehr nach als die amtliche. Es ist sehr bezeichnend, daß dieses umgekehrte Verhältnis gerade in dem Jahre einsetzte, als die amtliche Statistik es zum ersten Male unterließ, eine Einzelaufführung der Streiks zu bringen. Von 1910 ab überwiegt wieder bei der amtlichen Statistik die Zahl der Kämpfe. Diese neue Erscheinung kann jedoch nicht auf ein vollständiges Erfassen aller Kämpfe zurückgeführt werden. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Centralverbände immer häufiger Streiks oder Aussperrungen, die sich über eine mehr oder weniger große Zahl von Orten erstrecken, als Einzelfälle zählen, wenn der Kampf einen einheitlichen Charakter trägt. So wies 1910 die amtliche Statistik im Baugewerbe 1016 Aussperrungsfälle, die gewerkschaftliche dagegen nur 847 nach. Auch für 1911 konnten wir nachweisen, daß verschiedene Verbände Streiks und Aussperrungen als Einzelfälle registrierten, obgleich sich diese Kämpfe über ganze Bezirke erstreckten, während die amtliche Statistik offenkundig jeden einzelnen von einem solchen Kampf betroffenen Ort oder Betrieb als einen Fall zählte. Ziffernmäßig schließt auch für 1912 die amtliche Statistik mit einem Mehr an Kämpfen, und zwar 69 gegenüber der gewerkschaftlichen ab. In Wirklichkeit sind jedoch von der amtlichen Erhebung bedeutend weniger Kämpfe erfasst worden, als die freien Gewerkschaften führten. Das kann durch den im Frühjahr 1912 im Bergbau stattgefundenen großen Ausstand genau nachgewiesen werden.

Der Verband der Bergarbeiter zählte diesen Kampf, soweit wie er daran beteiligt war, nach den

Tabelle 3. Gesamtübersicht über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 1912, gruppiert nach Staaten und Landesstellen.

Staaten und Landesstelle	Es fanden statt										Es endeten erfolgreich und teilweise erfolgreich										zum Jahresabschluss nicht beendet			
	Bewegung ohne Arbeits-einstellung.		Ausperrungen*.		Streikungen insgesamt		In Proz. der Gesamtlöhne		Bewegung ohne Arbeits-einstellung.		Ausperrungen		Streikungen insgesamt		Bewegung insgesamt in Proz. †		Streiks		Ausperrungen					
	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert				
Preußen	3505	1363032	1460	321205	166	48283	5131	1732520	51,5	59,4	3386	953279	1129	76167	132	42389	4617	1471835	91,0	64,5	18	464	5	876
Bahnen	810	75776	237	14933	47	9362	1094	100071	11,0	8,0	769	70280	181	12454	39	9019	989	91763	90,7	91,8	2	62	2	23
Sächsisch	945	97804	237	23897	32	6306	1214	127171	12,2	10,2	915	95573	181	10061	25	6225	1121	111859	92,5	88,6	2	1469	2	110
Bayern	429	525560	74	3597	15	2055	518	68202	6,2	4,6	424	52476	62	3174	10	731	496	56881	96,1	97,1	2	110	2	140
Württemberg	202	15405	57	2325	13	826	272	18556	2,7	1,5	201	15155	41	1621	12	821	254	17897	95,1	95,6	2	60	2	60
Baden	185	18203	59	2250	9	2905	233	23058	2,5	1,8	179	18043	47	1730	7	252	233	22355	92,5	97,2	1	60	1	60
Württemberg-Südwest	72	3013	27	687	4	956	103	3986	1,0	0,3	70	3007	17	561	3	242	90	3800	87,4	95,2	1	1	1	1
Württemberg-Nordwest	57	3653	18	551	8	1225	83	5429	0,8	0,4	55	3591	13	368	7	1211	75	5170	90,4	95,2	1	1	1	1
Württemberg-Ost	2	120	1	20	1	103	4	243	—	—	2	120	1	20	1	103	4	243	100,0	100,0	1	1	1	1
Württemberg-Süd	55	4604	14	820	3	331	72	5264	0,7	0,4	75	4404	10	229	3	831	68	4964	94,4	94,3	1	1	1	1
Brandenburg	68	9103	21	1340	3	112	92	10555	0,9	0,8	66	9077	18	1286	3	112	87	10475	94,6	99,2	1	1	1	1
Sachsen-Meiß	34	2033	21	852	4	112	59	2997	0,6	0,2	31	1863	14	718	4	112	49	3893	84,5	90,2	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz	43	2141	12	1321	3	908	58	4370	0,6	0,4	42	2123	6	514	8	907	53	3544	91,4	81,1	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Süd	35	1492	11	578	3	227	49	2297	0,5	0,2	35	1492	6	455	3	227	44	2174	89,8	94,6	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Nord	54	3117	16	381	4	121	71	3619	0,5	0,4	51	3058	12	354	3	116	65	3528	90,4	97,5	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Ost	23	801	3	32	2	28	25	951	0,3	0,1	23	891	2	15	2	28	27	934	96,4	98,2	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-West	15	673	3	75	5	395	23	1144	0,2	0,1	15	649	3	75	5	395	23	1120	100,0	97,9	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Südwest	8	328	1	10	1	10	10	674	0,2	0,1	8	328	1	10	1	10	9	664	90,0	98,5	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Nordwest	17	2314	3	58	2	325	22	2987	0,2	0,2	17	2314	3	58	2	325	22	2987	100,0	100,0	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Ost	53	3210	12	352	2	83	67	3845	0,7	0,3	51	3129	8	290	1	59	60	3478	90,0	96,1	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-West	4	284	3	1793	2	223	7	2077	0,1	0,2	4	284	3	83	1	59	60	3478	90,0	96,1	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Südwest	14	869	7	223	2	613	23	1705	0,2	0,2	14	869	7	51	2	613	19	1333	82,6	89,9	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Nordwest	28	3047	11	618	1	29	40	3694	0,4	0,3	25	2828	10	617	1	29	37	3474	92,5	94,0	1	1	1	1
Sachsen-Görlitz-Ost	118	12945	48	5849	9	1735	175	29524	1,8	1,6	116	12941	40	5349	6	1608	162	19898	93,6	99,0	2	439	1	41
Sachsen-Görlitz-West	184	84910	66	8791	13	3115	263	90816	2,7	2,7	183	83290	50	4443	2	298	298	90351	91,2	93,6	1	248	1	41
Sachsen-Görlitz-Südwest	69	6288	47	2860	4	684	120	9922	1,2	0,8	69	6278	34	1390	3	81	106	7739	89,8	78,1	2	13	1	13
Deutsches Reich**	7136	774769	2469	397499	356	82099	9961	1254358	—	—	6903	751272	1895	122013	284	72876	9082	949161	91,7	75,9	37	3042	8	940

Anmerkungen. * Die doppelt gezählten Streik- und Ausperrungsfälle sind bei dieser Gruppierung ausgeschlossen worden. ** Die Schlusszahlen für das Deutsche Reich enthalten 107 Bewegungen und 11 620 Beteiligte, die bei der Gruppierung nach Staaten und Landesstellen ausgeschlossen worden mussten. Es sind 38 Bewegungen des Lagerarbeiterverbandes mit 370 Beteiligten und 62 Bewegungen des Verbandes der Eisenbahner mit 1146 Beteiligten nicht berücksichtigt worden, weil für diese Bewegungen eine Aufführung nach Orten nicht eingehandt wurde. Die übrigen Bewegungen und Beteiligungen liegen bei einem bestimmten Landesstell nicht zurechenbar. Von den 107 Bewegungen erbenen 96 Fälle erfolgreich und teilweise erfolgreich und von den 11 620 Beteiligten hatten 8540 einen und teilweisen Erfolg. † Darunter 33 680 an der Tarifbewegung des Buchdruckerverbandes beteiligte Personen, die sich unter die Bedingungen nicht einmischen ließen. ‡ Die am Jahresabschluss nicht beendeten Kämpfe mit Beteiligungen wurden bei der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 2.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1912, geordnet nach Gewerbegruppen.

Nummer des amtlichen Gewerbezeichnisses	Gewerbegruppen	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks						Beendete Aussperrungen									
		Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik			
		gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-
I	Kunst- u. Handelsgärtnerei	20	14	-	6	909	475	-	434	-	-	-	-	-	-	-	-
II	Ziergucht und Fischerei	1	2	1	-	107	27	-	80	-	-	-	-	-	-	-	
III	Bergbau, Hütten- und Eisenwesen	1	4	232	228	237751	238895	1084	-	1	1	-	-	1610	1610	-	
IV	Industrie d. Steine u. Erden	115	152	37	-	6738	9656	2918	-	61	41	-	20	14715	12106	2609	
V	Metallarbeitsung	478	433	-	45	58239	53909	670	-	35	34	-	1	28855	26028	2827	
VI	Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	18	27	9	-	663	1377	714	-	-	-	-	-	-	-	-	
VII	Chemische Industrie	11	15	4	-	294	580	346	-	2	1	-	1	40	85	5	
VIII	Industrie d. Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle u. Firnisse	76	117	41	-	9457	12266	2779	-	7	25	18	-	7338	10372	3034	
IX	Textilindustrie	26	35	9	-	3425	3285	140	-	6	3	-	3	104	74	30	
X	Papierindustrie	62	43	-	19	1330	1448	118	-	4	4	-	-	161	176	15	
XI	Lederindustrie	357	270	-	87	11797	11030	-	767	22	11	-	11	1512	575	937	
XII	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	158	177	19	-	6798	10323	3525	-	16	52	36	-	11637	8882	2755	
XIII	Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	103	106	3	-	11482	12919	1437	-	107	98	-	9	9316	11161	1845	
XIV	Bekleidungsindustrie	20	28	8	-	1064	1053	11	-	1	1	-	-	58	4	54	
XV	Reinigungsgewerbe	720	569	-	151	28957	29823	866	-	21	11	-	10	1276	1000	276	
XVI	Baugewerbe	23	30	7	-	2421	4062	1641	-	39	34	-	5	2315	2570	255	
XVII	Poligraphische Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
XVIII	Künstlerische Gewerbe	195	216	21	-	14754	14538	216	-	5	6	1	-	129	147	18	
XIX	Handelsindustrie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
XX	Berufsgewerbe	45	39	-	6	729	641	-	88	7	2	-	5	61	40	21	
XXI	Berufsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
XXII	Gast- u. Schankwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
XXIII	Musik-, Theater- u. Schaustellungsgewerbe	-	5	5	-	-	67	67	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summa		2432	2510	78	-	391885	406314	14429	-	333	324	-	9	77517	74780	2737	

Anmerkung. ¹ Der Bergarbeiterverband zählt für das Ruhrkohlengebiet (Westfalen und Rheinland), Provinz Hannover, Adnigreich Sachsen und Schaumburg-Lippe je einen Streikfall. Die amtliche Statistik zählt dagegen für die gleichen Gebiete 186 Streiks. Bei den übrigen von der amtlichen Statistik im Bergbau gezählten 48 Streiks kam der Bergarbeiterverband nicht in Frage.

Bergbau verzeichneten Fälle ist zu erkennen, daß die amtliche Statistik tatsächlich nicht 69 Kämpfe mehr, sondern 159 weniger zählt. Als die freien Gewerkschaften geführt haben. Wahrscheinlich sind jedoch der amtlichen Feststellung noch weit mehr Kämpfe entgangen. Denn die höheren Zahlen, welche die amtliche Statistik noch für die Industriegruppen der Steine und Erden, der Nahrungs- und Genußmittel und der Textilindustrie nachweist, sind auf ähnliche Weise zu erklären, wie die Angaben für den Bergbau.

Im Gegensatz zu diesen höheren Zahlen hat dagegen die amtliche Statistik gegenüber der gewerkschaftlichen in der Holzindustrie einen Ausfall von 87 Streiks und 11 Aussperrungen und im Baugewerbe einen solchen von 51 Streiks und 10 Aussperrungen zu verzeichnen.

Bei der Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach Staaten und Landesteilen (Tabelle 1) fällt es sofort auf, daß die amtliche Statistik für Westfalen 145 und für Rheinland 38 Streiks mehr zählt als die gewerkschaftliche. Es ist dieses abweichende Zahlenverhältnis wiederum auf den bereits erwähnten Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet zurückzuführen. Desgleichen werden für Westfalen 28 und für Lippe 8 Aussperrungen mehr nachgewiesen. Hierbei kommt hauptsächlich der Kampf in der Tabakindustrie in Betracht, denn der Verband der Tabakarbeiter zählte für jeden Landes-

teil nur eine Aussperrung, während die amtliche Statistik für jeden Ort oder Betrieb einen Aussperrungsfall feststellte. Weniger Streiks als die gewerkschaftliche Statistik verzeichnet die amtliche bei 18 und eine geringere Zahl von Aussperrungen bei 21 Landesteilen. An der Spitze steht hierbei Berlin, für welches die amtliche Statistik 113 Streiks und zwei Aussperrungen weniger verzeichnet, als die freien Gewerkschaften zu führen hatten.

Schon die nachgewiesene Unvollständigkeit der amtlichen Statistik ist ein schlüssiger Beweis für die Unzuverlässigkeit ihrer sonstigen Ergebnisse. Der Grad dieser Unzuverlässigkeit wird noch erheblich gesteigert durch die einseitige Befragung der Unternehmer. Auch die Tatsache, daß bei der Zusammenfassung des Erhebungsmaterials hauptsächlich diejenige Behörde mitwirkt, welche ihre Leistungsfähigkeit bei Arbeitskämpfen stets im Dienste des Unternehmertums erprobt, ist nicht geeignet, den Wert der amtlichen Statistik zu erhöhen. Bei allen diesen Umständen ist es denn erklärlich, wenn die Ergebnisse der amtlichen Statistik für die Arbeiter in einem ungünstigen Lichte erscheinen. Scharf tritt dieses Moment hervor bei der Unterscheidung der Streiks in Angriff- und Abwehrstreiks. Alljährlich ist die amtliche Statistik in der glücklichen Lage, „feststellen“ zu können, daß die Abwehrstreiks nur einen geringen Teil aller Streiks ausmachen. Wie stark darin auch für 1912 ihre Angaben von denen der

artig zu sichern, daß durch das ungerechtfertigte Einschreiten der Behörden der nach den Höhen der Kultur strebenden Arbeiterschaft kein Schaden mehr zugefügt werden kann.

Kongresse.

Neunter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Gewerkschaftsausschuß beschloß in seiner Sitzung vom 18. d. M., den Neunten Gewerkschaftskongreß vom 22. bis 27. Juni in München abzuhalten.

Außerordentlicher Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Hamburg, 1. bis 3. Dezember 1913.

Der Verbandstag ist von 222 Delegierten, 34 Bezirksleitern, 2 italienischen Sekretären, 13 Hauptvorstandsmitgliedern, einem Vertreter des Ausschusses und zwei Redakteuren besucht. Der Vorstand des Steinseiberverbandes hat eines seiner Mitglieder entsandt, der als Gast dem Verbandstage beiwohnt.

Die Wahl der Delegierten erfolgte zum erstenmal auf Grund des neuen Wahlreglements, welches vorsieht, daß auf 1500 Mitglieder ein Delegierter zu wählen ist, während bisher bereits für je 1000 Mitglieder ein Delegierter gewählt wurde. Innerhalb der Gesamtdelegation erhält jede Berufsgruppe die Anzahl Delegierte, die ihrer Mitgliederzahl entspricht.

Den wesentlichsten Beratungsgegenstand bildete die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und die dadurch bedingte Aenderung des Statuts.

Es ist das drittemal, daß sich in diesem Jahre ein Verbandstag mit der Erwerbslosenunterstützung befaßt.

Der erste Verbandstag nahm nur eine prinzipielle Stellung ein und stimmte mit 301 Stimmen gegen 97 für die Einführung. Die endgültige Beschlusfassung sollte auf dem zweiten Verbandstage erfolgen, der im Mai stattfand und zum Resultat der Tarifbewegung Stellung nahm. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung sollte aber nur als beschlossen gelten, wenn sich zwei Drittel der Stimmberechtigten dafür erklärten. Die Abstimmung ergab nur 237 dafür und 154 Stimmen dagegen. Der Verbandstag beschloß aber, die Frage in den einzelnen Zweigvereinen weiter zu diskutieren, und daß jeder Zweigverein eine Vorentscheidung treffen sollte. Entschieden sich ein Viertel der Vereine, die die Hälfte der Mitglieder umfassen, für die Einführung, so sollte der Vorstand einen außerordentlichen Verbandstag einberufen.

Diese Vorentscheidung ergab, daß 473 Zweigvereine mit circa 180 000 Mitgliedern für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung votierten.

Der außerordentliche Verbandstag beschloß nach einer recht gründlichen Diskussion, die sehr sachlich geführt wurde und auf einer erfreulichen Höhe stand, mit überwältigender Majorität — 241 gegen 47 Stimmen — für die Einführung dieses Unterstützungs zweiges.

Diese erhebliche Majorität ist nicht nur der zwischen betriebenen Aufklärungsarbeit zu danken, sondern insbesondere eine Folge der Wirkung der großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Das Baugewerbe, als sogenanntes Wetterfahngewerbe, wird bekanntlich von der Arbeitslosigkeit viel stärker erfaßt, und dieser Umstand macht es verständlich, daß

ein Teil der Mitglieder und auch der Delegierten befürchten, die Arbeitslosenunterstützung könnte dem Verband so große Lasten auferlegen, daß er seine eigentlichen Hauptaufgaben nicht mehr in der bisherigen Weise erfüllen könnte. Diese Befürchtung ist zwar grundlos, macht aber die Motive der Gegner verständlich.

Um einen Ueberblick über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu ermöglichen, sei hier gestattet, das Ergebnis von Zählungen der wegen Arbeitsmangels und wegen der Witterungsverhältnisse arbeitslosen Mitglieder an 12 Stichtagen des Jahres 1912 aufzuführen. Dazu die Verhältniszahlen von vier Verbänden mit Arbeitslosenunterstützung. Letztere Zahlen sind im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht:

(Es waren von 100 Befragten arbeitslos:)

Zahltag im Monat	Bauarbeiterverband	Metallarbeiterverband	Holzarbeiterverband	Transportarbeiterverband	Fabrikarbeiterverband
Januar	44,0	2,0	4,3	5,5	4,4
Februar	25,7	1,8	3,5	4,4	3,4
März	8,3	1,3	2,7	1,4	1,3
April	6,0	1,5	2,2	1,3	1,2
Mai	5,1	1,5	3,0	1,4	1,2
Juni	4,7	1,3	2,8	1,1	0,9
Juli	4,5	1,3	2,2	1,3	1,0
August	6,3	1,2	1,8	1,3	1,0
September	5,8	1,3	2,4	0,9	0,9
Oktober	7,5	1,4	3,1	1,3	0,9
November	10,9	1,5	3,6	1,6	1,4
Dezember	15,8	2,1	6,9	1,9	1,9

Trotz der vielfach geäußerten Wünsche und der vorliegenden Anträge konnte sich der Verbandstag nicht entschließen, die Unterstützung für das ganze Jahr einzuführen. Die Monate Januar und Februar sollen ausscheiden, bis die Erfahrung ergibt, daß die Durchführung auch für diese Monate möglich ist.

Die Unterstützung wird gewährt nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und nach Leistung von 44 Wochenbeiträgen, und zwar bei Arbeitslosigkeit (für 48 Tage) und bei Krankheit (für 72 Tage).

Für Arbeitslosigkeit wird im Januar und Februar keine Unterstützung gezahlt.

Die Karenzzeit beträgt sechs Werkzeuge.

Die Unterstützung tritt am 1. April 1914 in Kraft.

Die Beitragsleistung hat eine wesentliche Aenderung erfahren. Der Beitrag wurde bisher für 40 Wochen, und zwar in der Zeit vom 1. März bis 30. November erhoben.

In Zukunft wird für 44 Wochen Beitrag gezahlt, und zwar gilt folgende Skala:

Klasse	Stundenlohn	pro Woche Beitrag
1	Bis einschließlich 35 Pf.	40 Pf.
2	Über 35 bis einschließlich 45 Pf.	50 "
3	45 " " 55 "	60 "
4	55 " " 65 "	70 "
5	65 " " 75 "	80 "
6	75 Pf.	90 "

Dieser Beitrag ist an die Hauptkasse abzuführen. Für die Lokalkasse zwecks Verwaltung der Zweigvereine wird in allen Zweigvereinen ein Zuschlagsbeitrag für mindestens 44 Wochen erhoben, der in den drei untersten Beitragsklassen nicht weniger als

gewerkschaftlichen Statistik abweichen, ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Vom 1. Januar 1913 beendete Kämpfe	An- griff- Streiks	Ab- wehr- Streiks	Aus- sper- rungen	Kämpfe ins- gesamt
Nach der gewerksch. Statistik . .	1529	903	833	2765
" " amtl. Statistik	2336	174	324	2834
Die amtl. Statistik zählt mehr .	807	—	—	89
" " " weniger	—	729	9	—

Auf je 100 Streiks entfallen bei der gewerkschaftlichen Statistik 37,1, bei der amtlichen dagegen nur 6,9 Abwehrstreiks. Es ist doch eine schöne Sache für die Scharmacher und Arbeiterfeinde aller Grade, gestützt auf eine mit dem Nimbus der amtlichen Autorität umstrahlten Statistik nachweisen zu können, wie an den wirtschaftlichen Kämpfen nur ganz allein die begehlichen, ewig unzufriedenen und immer fordernden Arbeiter die Schuld tragen. Die Organisationen der Industriellen haben schon ihre guten Gründe, wenn sie die Regierung möglichst daran hindern, die amtliche Streikstatistik so zu gestalten, daß auch den Arbeiterorganisationen die Mitwirkung bei den Erhebungen ermöglicht wird. Mit einer solchen Verdrehung der wahren Tatsachen wäre es dann allerdings vorbei.

Auch die bei den Kämpfen erzielten Erfolge der Arbeiter können bei der einseitigen Befragung der Unternehmer keine objektive Würdigung erfahren und müssen deshalb in der amtlichen Statistik immer ungünstiger erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind. Ständig gehen denn auch darin die Angaben beider Statistiken stark auseinander. Für 1912 ergibt sich folgendes Bild:

	Resultate der beendeten Streiks						
	Streiks insgesamt	Absolute Zahl der Fälle			in Prozenten		
		boller Erfolg	teilweiser Erfolg	kein Erfolg	boller Erfolg	teilweiser Erfolg	kein Erfolg
Gewerksch. Statistik ¹	2432	1539	356	488	63,8	14,6	20,1
Amliche Statistik	2510	415	1001	1094	16,5	39,9	43,6

¹ Von 49 Streiks blieb der Ausgang unbesamt.

In den Angaben über den Anteil der mit vollem oder teilweisem Erfolg beendeten Streiks an der Gesamtzahl weichen beide Statistiken erheblich voneinander ab. Die bedeutend höhere Quote der erfolglosen Streiks bei der amtlichen Statistik findet zum Teil ihre Erklärung in der Unvollständigkeit derselben. Denn die Streiks, welche der behördlichen Feststellung entgehen, werden hauptsächlich solche von kürzerer Dauer sein. Diese enden in der Regel mit einem Erfolg der Arbeiter. Die Nichterfassung solcher Streiks im erheblichen Umfange muß den Anteil der erfolglosen Streiks höher erscheinen lassen, als er es in Wirklichkeit ist. Auf das Zustandekommen der für das Jahr 1912 besonders hohen Ziffer der erfolglosen Streiks in der amtlichen Statistik wirkt dann noch der als 197 Einzelstreiks gezählte erfolglose Bergarbeiterausstand erheblich ein.

Aber abgesehen von diesen vorgehend erwähnten Umständen gibt die amtliche Statistik auch insofern kein zutreffendes Bild von den Erfolgen der Arbeiter

bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen, als sie die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen überhaupt nicht berücksichtigt. Die Streiks und Aussperrungen bilden nur den geringeren Teil aller Bewegungen. Will man die Erfolge der Arbeiter bei ihrem Ringen auf wirtschaftlichem Gebiete richtig beurteilen, so muß man die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung als ein Ganzes betrachten. Die Erfolge der freien Gewerkschaften durch ihre gesamten Bewegungen im Jahre 1912 sind bereits in der zu Nr. 39 des „Correspondenzblatt“ herausgegebenen statistischen Beilage dargestellt worden. In Ergänzung dieser Darstellung geben wir in der Tabelle 3, analog der amtlichen Aufmachung, eine Gruppierung der von den Centralverbänden im Jahre 1912 geführten Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, Streiks und Aussperrungen nach Staaten und Landesteilen. Diese Arbeit wurde jetzt zum zweiten Male unternommen, daher können allgemeine Schlussfolgerungen aus diesen Ergebnissen noch nicht gezogen werden. Man muß abwarten, ob das Fortsetzen dieser Arbeit später zu brauchbaren Vergleichen führt.

Zum Schlusse wollen wir es uns nicht versagen, auch die „Feststellungen“ der amtlichen Statistik darüber, inwieweit sich die Arbeitnehmer „bei ihrem angreifweisen Vorgehen auf dem Boden des Rechts gehalten haben“, der weiteren Öffentlichkeit zu übergeben. Es wurde „ermittelt“, daß im Jahre 1912 von je 100 Streikenden 64,7 „vertragsbrüchig“ waren. 1911 betrug die Verhältniszahl 19,4. Die gegen das Vorjahr so bedeutend gestiegene Zahl der „Vertragsbrüchigen“ wird auf die Beteiligten des Bergarbeiterausstandes zurückgeführt. Nach Abzug dieser Vesteiligtanziffer würde der Prozentsatz der „Vertragsbrüchigen“ nur 27,8 betragen. Im amtlichen Text wird zu diesen Zahlen bemerkt: „Daß die in dem Formular gestellte Frage nach dem Kontraktbruch schwer mit Sicherheit zu beantworten ist, weil dazu die Lösung des Arbeitsverhältnisses des einzelnen Arbeiters tatsächlich und rechtlich beurteilt werden müßte“. Sehr richtig! Daß die Nichtinnehaltung von Kündigungsfristen seitens der Arbeiter bei Arbeitseinstellungen nicht auf gleiche Stufe mit der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses eines einzelnen Arbeiters gestellt werden kann, ist jedem vernünftig Urteilenden ohne weiteres klar. Wozu also die Zusammentragung eines solchen amtlicherseits als unzuverlässig gekennzeichneten Zahlenmaterials? —

Noch weniger beweiskräftig sind die Zahlen, welche Aufschluß über das Einschreiten der Polizei und Staatsanwaltschaft bei Streiks geben sollen.

Für 1912 wird „festgestellt“, daß es von je 100 Streiks in 35,9 Fällen zum „Einschreiten“ der Polizei und in 22,4 Fällen zum „Einschreiten“ der Staatsanwaltschaft kam. Darüber, in wie vielen Fällen dieses Einschreiten der Behörden ganz unnötig oder gar gesetzwidrig war, werden wir leider nicht unterrichtet.

Da im Jahre 1911 die Polizei nur in 28,6 Fällen und die Staatsanwaltschaft nur in 18,9 Fällen v. S. einschritt, so erscheint die Schlussfolgerung nicht unberechtigt, daß sich unter dem fortwährenden Geschrei der Scharmacher nach „vermehrtem Arbeitwilligenschuß“ das ungerechtfertigte Einschreiten der polizeilichen und richterlichen Behörden ganz bedenklich gesteigert haben muß. Es ist wirklich hohe Zeit, nicht allein das Koalitionsrecht selbst, sondern auch die Ausübung desselben durch die Arbeiter gesetzlich der-

20 Proz. und in den drei obersten Beitragsklassen nicht weniger als 25 Proz. des Hauptkassenbeitrages betragen darf.

Die Arbeitslosenunterstützung wird ebenso wie die bisherigen Unterstützungsweige nach der Höhe der geleisteten Beiträge und nach der Mitgliedsdauer gestaffelt. Sie beträgt:

Beitragsklasse	Beitrag						
	1 Jahr (44 Beiträge)	2 Jahre (88 Beiträge)	4 Jahre (176 Beiträge)	6 Jahre (264 Beiträge)	8 Jahre (352 Beiträge)	10 Jahre (440 Beiträge)	
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
1	40	45	60	75	90	105	120
2	50	60	75	90	105	120	135
3	60	75	90	105	120	135	150
4	70	90	105	120	135	150	165
5	80	105	120	135	150	165	180
6	90	120	135	150	165	180	195

Die Reiseunterstützung beträgt wie bisher 1 Mk. pro Tag. Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Reiseunterstützung (inklusive Aufenthaltsunterstützung) beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer von 1 Jahr (44 Beiträge) 18 Mk., 2 Jahren 22 Mk., 4 Jahren 30 Mk., 6 Jahren 40 Mk., 8 Jahren (352 Beiträge) 50 Mk. Mit Ablauf der Unterstützung, spätestens nach 60 Wochen vom ersten Unterstützungstage an, beginnt ein neues Wartejahr von 52 Wochen und 44 Beiträgen.

Als Uebergangsbestimmung wurde festgesetzt, daß Mitglieder, die bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbands zwei Jahre angehören und 80 Beiträge bezahlt haben, sofort in der ersten Klasse bezugsberechtigt sind. Mitglieder, die dem Verbands vier Jahre angehören, sind in der zweiten, die ihm sechs Jahre angehören in der dritten, die acht Jahre dem Verbands angehören in der vierten und die 10 Jahre dem Verbands angehören sind in der fünften Klasse bezugsberechtigt.

Die Krankenunterstützung erfährt eine Neuregelung und beträgt hiñfort:

Beitragsklasse	Tägliche Unterstützungssätze nach einer Mitgliedschaftsdauer über						
	1 Jahr (44 Beiträge)	2 Jahre (88 Beiträge)	4 Jahre (176 Beiträge)	6 Jahre (264 Beiträge)	8 Jahre (352 Beiträge)	10 Jahre (440 Beiträge)	
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
1	40	30	40	50	60	70	80
2	50	40	50	60	70	80	90
3	60	50	60	70	80	90	100
4	70	60	70	80	90	100	110
5	80	70	80	90	100	110	120
6	90	80	90	100	110	120	130

Zur Anschluß hieran werden die erforderlichen Aenderungen des Statuts beschloffen.

Der Vorstand wird beauftragt, noch vor Inkrafttreten der Unterstützung eine Anleitung herauszugeben, worin die Normen über Bezug und die Auszahlung festgelegt werden. Dabei sind die Bestimmungen des Statuts und folgende Grundzüge zu berücksichtigen: Der Verband muß vor mißbräuchlicher Inanspruchnahme der Unterstützungen möglichst gesichert werden. Ein Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung würde es sein, wenn Mitglieder, die regelmäßig im Herbst nach Hause reifen, während

des Aufenthalts am Wohnorte Arbeitslosenunterstützung beziehen könnten. Die mit der Arbeitslosenunterstützung verbundene Absicht bedingt, daß die Unterstützung nur in dem Zweigvereinsgebiete erhoben werden kann, wo der Fall der Arbeitslosigkeit eintrat. Arbeitslose, die ihren bisherigen Wohnort verlassen, haben daher nur Anspruch auf Reiseunterstützung, soweit dieser nicht durch § 33 Abs. 16 aufgehoben ist. Arbeitslosenunterstützung können sie erst erheben, wenn sie zuvor in dem Zweigverein ihres neuen Aufenthaltsortes mindestens vier Wochen erwerbstätig waren und während dieser Zeit Beiträge gezahlt haben. Für die Zweigvereinsgebiete, wo nach § 3 Abs. 6 sowie nach § 25 Abs. 2 Ausnahmeregelungen zulässig sind, können auch in diesem Falle besondere Bestimmungen getroffen werden. Wanderrückkehrer können statt der Reiseunterstützung Arbeitslosenunterstützung am Orte erhalten, wenn ihnen der Zweigvereinsvorstand des Zureisortes Arbeit in Aussicht stellt. Die gleiche Vergünstigung soll den Mitgliedern zuteil werden, die auf der Wandererschaft erkrankten und nach Entlassung aus der ärztlichen Behandlung noch der Erholung bedürfen. In der Anleitung ist auf ausreichende und zuverlässige Kontrolle Bedacht zu nehmen.

Die bisherige Bestimmung des Statuts, daß bei Wahlen zum Verbandstage usw. die einzelnen Gruppen Delegierte entsprechend ihrer Mitgliederzahl erhalten müssen, wurde aufgehoben.

Das neue Statut tritt mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Der nächste ordentliche Verbandstag findet 1915 statt.

Mitteilungen.

Geschäftsführerin für den Centralverband der Hausangestellten gesucht.

Die Ortsgruppe Berlin sucht zu sofort oder später eine in der Agitation und schriftlichen Arbeiten erfahrene Geschäftsführerin.

Gehalt nach Uebereinkunft.

Schriftliche Bewerbungen sind bis zum 7. Januar 1914 unter „Bewerbung“ an das Bureau der Ortsgruppe Berlin, Engelauer 21, einzureichen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Sonneberg: Wagenschwanz, August, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

Strakburg: Eckhardt, Gustav, Parteiangest.

An die Leser des „Correspondenzblatt“.

Die heutige Nummer (52) enthält das Inhaltsverzeichnis für das „Correspondenzblatt“ 1913 nebst Beilagen. Eine Sonderausgabe des Inhaltsverzeichnisses erfolgt nicht; auch werden keine Einbanddecken durch den Verlag herausgegeben, so daß entsprechende Anfragen resp. Bestellungen zwecklos sind.

Expedition des „Correspondenzblatt“.

Für die Verbands-Expeditionen.

Der Nr. 1 des „Corr.-Bl.“ des Jahrganges 1914 wird die Adressenbeilage Nr. 1 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 32 Seiten.



